

Handelspolitik und Krieg.

Gespräche in Deutschland und Oesterreich.

IV. *)

Oesterreich-Ungarn in der Weltwirtschaft. — Das Bündnis mit Deutschland. — Nach dem Kriege. — Die große Fusion? — Die Mängel der Landwirtschaft. — Der österreichisch-ungarische Markt und die Industrie.

A. F. Für Oesterreich-Ungarn hat die handelspolitische Frage ein wesentlich anderes Gesicht als für Deutschland. Für Deutschland handelt es sich um das Lebensproblem, einen Außenhandel von 20 Milliarden Mark wiederzugewinnen, an dem Oesterreich-Ungarn bei der Einfuhr mit knapp 8, bei der Ausfuhr mit knapp 11 Prozent beteiligt ist, als bedeutender, aber nicht als entscheidender Faktor, als ein Glied neben anderen. Von den 5200 Millionen Mark des österreichisch-ungarischen Außenhandels dagegen entfallen bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr rund 40 Prozent auf den Handel mit Deutschland. Alle anderen Länder, die sich in die restlichen 60 Prozent teilen, folgen dahinter erst in ganz weitem Abstände. Hat die österreichisch-ungarische Monarchie ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland geregelt, so ist die handelspolitische Frage für sie überhaupt damit im wesentlichen erledigt. Dieses Ziffernverhältnis gibt die statistische Grundlage dafür, daß die Frage des „mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses“, eine Frage mit einer belammtlich schon viele Jahrzehnte langen, wechselvollen Geschichte, in Oesterreich-Ungarn jetzt wieder fast seit Beginn des Krieges im Vordergrund der Erörterung steht. Nur birgt sich bei vielen in Wirklichkeit doch sehr viel Tieferes dahinter, als jene Statistik.

Wenn wir in Deutschland von der „neuen Zeit“ sprechen, die nach dem Kriege kommen soll — und von der geht, da die lange Dauer des Krieges schon so viel von der großen Erhebung der ersten Kriegsmomente vergessen ließ, manche mächtigen Gruppen und manche großen Parteien bereits hörbar schweigen — so denken wir daran, wie wir mit dem „Wust und Unrat“ zu Hause, von dem der Reichskanzler sprach, nach Friedensschluß aufzuräumen sollen. Unsere Stellung zur Welt soll uns der Frieden wiedergeben, und auch danach wird die auswärtige Politik uns noch die schwersten Probleme bieten. Aber der Geist vom August 1914 soll dann vor allem im Innern verwirklicht werden; er ist in erster Linie eine häusliche Angelegenheit. Verwickelter liegt das in Oesterreich-Ungarn; noch viel enger ist da der Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik. Viele der Männer, die wir in Oesterreich sprachen, und gewiß nicht die schlechtesten, gerade die Erneuerer des Staates, stimmen darin überein, daß sie nichts so sehr fürchten wie die geistig-politische Rückkehr ins alte Heim. Der Krieg hat ihnen, die sich vorher etwas abseits liegend vorfanden, die Anteilnahme an großem Weltgeschehen gegeben, mit allen Leiden, aller Verantwortung, aller Gewaltigkeit solchen Mitabseins — nun wollen sie nicht die Wiederkehr in die alte Einschnürung, wollen nicht das Gefangen-Bleiben in kleinen, engen Verhältnissen, in denen dann die abgebrauchten politischen Schlagworte wieder das Thema bestimmen würden. Der Krieg hat ihnen Aufgaben gebracht; nun wollen sie auch im Frieden Aufgaben sehen, die der Mühe lohnen. Der Staat ist ihnen im Kriege viel mehr geworden, als er ihnen war; nun soll er nicht mangels anderer Ziele, wieder einfach der Lummelplatz des alten politischen Habitus werden. Dazu brauchen sie den Blick auf die Welt, die Teilnahme an Weltpolitik, Weltwirtschaft und Weltverkehr. Und dafür wieder brauchen sie das Bündnis mit Deutschland. Aber auch dieses Bündnis selbst ist ihnen ein ganz anderer Wert geworden im gemeinsamen Kampfe, der zum ersten Male alle Völker Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands durcheinander gewürfelt in eine einheitliche Front gestellt hat, auf dem Schlachtfelde draußen, aber auch auf den Kampffeldern daheim, mit der Notwendigkeit zu gemeinsamem Handeln auch in den gewaltigen Kriegsfragen der Politik und der Wirtschaft. Auch deshalb wollen sie jetzt das Bündnis und nicht bloß seine Erhaltung, sondern seine Festigung, seine Erweiterung. So urteilen naturgemäß nicht die Tschechen; so urteilen auch nicht gewisse nur-österreichische Kreise in der Nähe der Krone; auch manche anderen Bevölkerungssteile stehen dazu kühl; es ist in erster Linie das Gros der Deutsch-Oesterreicher, das diesen Schluß zieht. Die beiden Monarchien sollen noch viel enger als bisher zusammenwachsen, das Bündnis noch viel mehr im Bewußtsein und im Interesse der Völker ebenso wie in erweiterten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Abmachungen verankert werden. Das ist der Gedanke. Das wirtschaftliche Programm ist für diesen Kreis der Besürworter ein Mittel zum politischen Zweck. Die Frage ist, ob es sich dafür eignet. Denn

diese Signung ist selbstverständlich nur dann vorhanden, wenn feststeht, daß ein Wirtschaftsbündnis den Volkswirtschaften der beiden (oder, wenn man will, der drei) Länder wirklich überwiegenden Vorteil bringen würde. Im anderen Falle bestände die ernste Gefahr, daß Schädigungen, die sich aus dem Wirtschaftsbündnis ergäben, direkt sogar zur Diskreditierung des politischen Bündnisses ausgenutzt würden. In Interessenten für solche Ausnützung würde es sicher nicht fehlen.

Es gibt nun in Oesterreich Theoretiker und Praktiker der Wirtschaft, die darauf antworten: Der vollständige Zusammenschluß Oesterreich-Ungarns mit Deutschland zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiete sei für Oesterreich-Ungarn eine absolut notwendige Folge des Krieges, so sehr, daß der von vielen damit verfolgte politische Zweck vollkommen ausbleiben könne, ebenso wie die politischen Abneigungen der anderen; man habe in Oesterreich-Ungarn gar nicht mehr zu fragen, was wollen wir, sondern nur noch: was müssen wir tun? Oesterreich-Ungarn wird, so etwa argumentiert z. B. Dr. Stolper in seinen Aufsätzen im „Oesterreichischen Volkswirt“, nach dem Kriege in jedem Falle ungeheure Lasten zu tragen haben, die umso schwerer brücken werden, als sie sich auf eine verhältnismäßig kleine Zahl tragfähiger Schultern verteilen. Lasten tragen, Steuern zahlen aber kann man nur aus dem Produkte der Arbeit. Folglich ist es eine absolute Notwendigkeit, daß man in Oesterreich-Ungarn nicht nur mehr, sondern auch produktiver arbeite, daß der Ertrag der Arbeit selbst gesteigert werde — und das ist nur möglich durch die Bildung eines großen, einheitlichen Wirtschaftsgebietes, das durch Arbeitsteilung und Spezialisierung die Verbilligung der Arbeit ermögliche. Im anderen Falle bliebe nur das entgegengesetzte Extrem, die Steigerung der Zölle auf eine direkt prohibitive Höhe, wodurch man sich den Inlandmarkt sicherte. Aber das geht nicht wegen der verarbeitenden Industrie, es geht nicht wegen der Arbeiter und der Arbeitslöhne und auch nicht wegen der Verbraucher überhaupt. Und es geht vor allem deshalb nicht, weil man mit Prohibitiv-Zöllen nicht exportieren kann. Das aber — und dies ist ein zweites, wichtiges Argument — muß Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege unbedingt. Oesterreich-Ungarn wird aus dem Kriege mit einer beträchtlichen Vermehrung seiner Auslandsschuld, die ja schon vorher groß war, hervorgehen, und es wird, um sich zu reetablieren, diese Auslandsschuld noch weiter vermehren müssen, wofür dann Zinsen und Tilgung aufzubringen sind; Oesterreich-Ungarn wird auch weiter Rohstoff- und andere Einfuhr brauchen, die man bezahlen muß. Das geht nur mit der Ausfuhr. Und dazu, so schließt diese Richtung, braucht man wieder die billige Produktion, deren Vorbedingung das einheitliche Wirtschaftsgebiet ist, man braucht dazu ferner die Möglichkeit des Absatzes — und die kann man auch nur durch Zusammenschluß mit Deutschland haben, weil Oesterreich-Ungarn allein z. B. schon mit seinem wichtigsten Hinterlande, dem Balkan, infolge der Vormacht seiner agrarischen Interessenten keine sachgemäßen Handelsverträge abzuschließen vermag.

Auf einem dritten Wege kommen schließlich manche aus einer ganz anderen Gedankenrichtung zu ganz dem gleichen Resultat. Der 1. August 1914 bedeute, so hat z. B. einer der angesehensten österreichischen Großindustriellen diese Gedanken kürzlich vor seinen Fachgenossen dargelegt, einen roten Strich in der Geschichte der Wirtschaftsentwicklung überhaupt. Mitteleuropa habe die ganze Humusschicht an Kultur und Kapital, die es seit den Napoleonischen Kriegen sukzessive aufgebaut hatte, im Laufe dieses Krieges verloren; wir werden von dem nackten Boden grundlegend wieder aufbauen müssen, und dabei werden die kleinen Mittel und Ideen vergangener Jahrzehnte nicht mehr helfen können. Betrachte man im Lichte dieser Verhältnisse die zukünftige Handelspolitik, so spiele die Frage der Zölle dabei gar keine Rolle mehr angesichts der Verschärfungen in den Produktions- und Absatzbedingungen, in den Rohstoff- und Fabrikatpreisen usw. Entscheidend sei vielmehr das andere: daß das Zeitalter der freien Produktion geschlossen sei und wir eintreten in das Zeitalter der organisierten Produktion, bei der die ganze Industrie in Zwangssyndikaten zusammengeschlossen wird unter Selbstverwaltung der Industriellen, aber mit starken Aufsicht- und Einflußrechten des Staates. Die Probleme der Valutaregulierung, des Rohstoffbezugs, der Vorratswirtschaft werden von selbst dazu führen, nicht minder das Bedürfnis nach neuen Einnahmequellen des Staates, der auf diese Weise an den Erträgen der Industrie beteiligt werden könnte, ohne daß dies das Hauptziel der Umwälzung sein dürfe. Leitender Gesichtspunkt der neuen Organisation müsse vielmehr sein, die höchste Produktivität zu erzielen, weil nur durch Intensivierung der gesamten Produktion und vollständige Ausnützung der Betriebsmittel, der Arbeit und Leistungsfähigkeit jedes einzelnen im Laufe der Jahre allmählich die Gegenwerte für die durch den Krieg zerstörten Sachgütermengen geschaffen werden können. Werden aber diese Organisationen errichtet, dann sei Mitteleuropa

* Vergl. Erstes Morgenblatt vom 7., 10. und 14. d. M.